

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1915. Nr. 124.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Wochenpreis für Halle und Querfurt 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für die Vierteljahrszeitung 8 M., für die halbjährliche 15 M., für die jährliche 28 M. — **Gratis-Belegungen:** Gutsbesitzer, Beamte (inkl. Postbeamte), zu Unterhaltungsstätten (Sonntagsbeleg), Kadetten, Schüler, Militärreife, Studenten, Schiffsche, Berufsausschüsse, Kinderbeleg (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die halbjährliche Monatsrate oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, monatlich 20 Pfennig. — **Reklamen** am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telephon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 810.
Verleger: Dr. Strasser-Heiberg, Halle (Saale).

Freitag, 14. März 1915.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 90.
Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290.
Zweit- und Verlag von Otto Schiele, Halle (Saale).

Konservativer Parteitag.

Berlin, 13. März.

Suche dir ein anderes Reich; Macedonien ist zu klein für dich! — In drangvoller fürchterlicher Enge vereint, aber mit dem norddeutschen Geiste der Königstreue, Vaterlandsliebe und Parteidisziplin befeuert, hält die deutschkonservative Partei ihre Herreschloß ab, und wiederum ist es die geschlossene Kraft, die den Verhandlungen ihr ansiehendes Gepräge gibt. Gleich als der greise, aber erlauchtete rüstige Präsident des Reichstages Herrenhauser, Erz. v. Biedel-Riesdorf, zur Eröffnung des Parteitage gleich Schilworten wichtige Tagesforderungen: Festhalten am preussischen Wahlrecht, unbedingte Zustimmung zur Herresverfassung, Fortführung der Schutzpolizei, Befähigung der Sozialdemokratie u. a. in die Verammlung wirft, klingt ihm einmütige Zustimmung entgegen, und der Beifall wachst, als Abg. Graf Westarp in die Vertretung der Arbeit des Reichstages zunächst auf die fortgeschrittenen „Familiaren“ Salben verweist. Spott giebt — aber einmal dämpft, denn lautet man nicht, auch wenn er dann mal erlich fikt — und das negative Verhalten der Regierung kland, oder mehr anklagend ins Gedächtnis zurückruft. Radikalisierung und Demotivierung ist im Reich die Gefahr in den Reichstag eingezogen, wie auch der Hinweis auf die trübe Erziehung und der Scheidemann-Wähler gelangt beweist. Nicht minder überzeugend erwidert der viergliedrigsten Reichsfinanzreform eine abermalige Rechtfertigung, und es ist ein bezeichnendes Echo der „Judenwahlen“, daß bei der Verbindung des roten Triumvirats Haase, Gradnauer und Wurm mit dem Grundrabe: „ex oriente lux“ der Beifall wie eine Hochflamme emporleuchtet. Graf Westarp läßt keinen Zweifel, daß die Reichstagsfraktion alles für die Mützung des Reiches Notwendige bewilligen und für die einmaligen großen Reueussagen in einer einmaligen großen Abgabe vom Vermögen bei gebotener Schonung der einzelstaatlichen Finanzhoheit aufkommen wird. Bei den dauernden Mehraussagen soll das mobile Kapital nicht entfließen; wohl aber soll die Witwen- und Waisenunterstützung auf fünfzig Prozent vermieden werden. Der Konflikt mit Staatssekretär Debrüßler ist kurz in der Saal herein, und heiter vermischt ist die Jubelstimmung, daß nach des Bisepfanzers Aktion die Sozialpolitik die beste Befähigung der staatsfeindlichen Partei sein soll. Keine Ueberpannung der Sozialpolitik, aber sage und umfängliche Mittelstandspolitik, auf der Redner, und spontan unterteilt der Beifall der Verammlung jeden Hauptgedanken. Den demokratischen Einheitsstaatsgedanken wird Har und bestimmt der bundesstaatliche Charakter des Reiches entgegenstellt, und dem parlamentarischen Regiment wird unter hürnlicher Zustimmung der Feldhandelsbuch hingenommen. Unabhängigkeit der Partei von der Regierung, aber Autorität einer starken Regierung behält der Redner, um dann zum Arbeitswilligen sich überzugehen: Keine Veränderung bis 1920, keine Fortdauer der Einschränkung der Arbeitenden durch Streikposten, aber Kampfbereitschaft gegen die sozialdemokratischen Staat im Staat! In dem Schluß der Rede legt Graf Westarp die Frage: Sind Sie mit uns zufrieden? Die Reichstagsfraktion hat, wenn Leben heißt, ein Kämpfer zu sein, volle Gelegenheit, sich auszuleben. Kein Zagen; nur zu oft haben andere Parteien lässlich übernommen, was ursprünglich die Konservativen allein forderten. Wir wollen an unsere Kampfe feil ruft der Redner, und rauschender Beifall antwortet.

Die Berichte aus den deutschen Einzelstaaten bringen manche bemerkenswerte Ergänzungen. Herr hört die Verammlung die Meldung des Kammerherren v. Dies über die Verammlung des Reichstages von der bayerischen Konservativen, wie über das Zusammengehen mit dem Bund der Landwirte und seinem ausgesetzten dortigen Führer, Abg. Defonniert v. d. gegen den aus Liberalen und Sozialdemokraten zusammengesetzten Volksklub, und jubelnde Zustimmung durchbraut den Saal, als dieser bayerische Redner die Aukreterhaltung eines starken Preussens als die sicherste Gewähr auch für die bayerische Selbstständigkeit und als festesten Woll gegen die heranflutende Revolution mit nachdrücklichen Worten feiert. Geheimrat Dvbs, der für und über Sachsen spricht, zieht die gleichen Grenzlinien gegen Sozialdemokratie und Linksliberalismus, und Stadtrat Wehringer, der für Württemberg und zum Anfangen mit dem Bund der Landwirte einflussvolles Wortmüßigkeiten der konservativen Sache meldet, faßt das hochwertigste Wort, daß ohne den Willen der Reichstagsfraktion dort nichts mehr durchgesetzt werden kann. So kann Abg. Frhr. v. Malbahn, der Sprecher für Preußen, ein Wortmüßigkeiten des konservativen Gedankens auf der ganzen Reich feststellen und zugleich vermelden, daß die preussische Konservativen allezeit den demokratischen Fortmächtig nachhaltigen Widerstand leisten werden. Den berechtigten Wün-

sch den der Beamten sagt dieser Redner weitere Erfüllung zu. Gleichstellung der Landlehrer mit den Stadtlehrern fordert er unter staatlichen Hilfsleistungen für die leistungsschwachen Gemeinden, und die Pflichtfortbildungsschule ist ihm recht, jedoch als religiös-mittliche Erziehungsanstalt. Die „trodene Materie des Wasserfestes“ zieht vorüber, die Steuererhebung wird auf den Mittelstandsschub eingestellt und den bedrängten Mittelstandsbefreier Abg. Malkevis, Hammer, Rieneberg und Karo wird mit bester Bedenker Dank ausgesprochen. Mein Seuchen- und Polgeltes gelten der aufklärenden Tätigkeit des Bundes der Landwirte Worte ehrlischer Anerkennung. Dann das Wahlrecht, Frhr. v. Malbahn giebt seine Stellungnahme in die Form, je der vorkräftiger das Reichstagswahlrecht, um so weniger demokratisch dürfte das preussische Wahlrecht sein. Unter Beifall betrachtet er der Thronrede Verprechen als eingelöst und fragt, ob nicht beim Reichstagswahlrecht die direkte und geheime Wahl der Vergebung für und Tor öffnet. Der Kampf um das Wahlrecht wird fortbauern. Wir aber sagen: „Galte fest, daß dir niemand deine Krone raube.“

Die Verammlung dankt mit hürnlichem Beifall. Dieser aber wird zum Oran, als Abg. Dr. v. Heydebrand über die allgemeine politische Lage das Wort nimmt. Auch er feiert das Vorstreiten des konservativen Gedankens, verweist auf die erstarrende konservativ-Preisse und die steigende Opferwilligkeit der Parteigenossen. Wir wollen nicht länger feilschen, wie es früher geschah, als wir uns einander nicht kannten. Es ist ein eigenartiges Spiel, wie dieser Parteiführer großen und großen Spiel, vor dem Vorstandlich liegend und die 3000fährige Verammlung hinreichend, konservativ Grundarbeiten ausbreitet und es als selbstverständlich feiert, daß die konservativ Würdigung von Autorität, Ordnung und Disziplin immer größerer Anerkennung findet. Die Würzeln unserer Kraft liegen in den bodenständigen Kreisen, aber auch andere Verhältnisse verdienen Beachtung. Manche Gegend muß uns erst noch kennen lernen. Wer hätte es — so ruft der Redner — in Württemberg noch vor 20 Jahren für möglich gehalten, daß die Konservativen die zweitgrößte Partei werden? Preußen in seiner Eigenart ist der beste Schutze gegen die Liberalisierung des Reichs. Mit tiefem Ernst blickt der Redner auf die Lage des Reichs und verlangt, die allgemeine Wehrpflicht zur Wahrheit zu machen, da nur unsere Stärke der Friede sei. Umso härter aber ist der Beifall, als der Sprecher konservativ-Opferwilligkeit jagt und zugleich vor neuer Verfassung im Namen wart. Westmündliche Absonderungen mit, als der Parteiführer auf die nagende Arbeit der Sozialdemokratie weist, und tausendfaches Mein klingt wieder, als gefragt wird, ob in dem Kampfe der Zukunft an den leitenden Stellen auch die gegebenen Führer hinein werden. Trotzdem werden wir den Kampf aufnehmen und Siegesübersticht wird uns befehlen, wenn die Entscheidung an uns herantritt. — Der Redner tritt an seinen Platz zurück, aber durch den Saal rollt dröhnend der donnernde Beifall. Kein Wunder, daß der Parteitag sich die Resolution des Vorstandes einstimmig zu eigen macht und nach hoch prächtiger Rede auf eine Diskussion verzieht. Begeistert schließt das Hoch auf die Partei die Beratung, von der es wohl allerorts heben wird: Was vergangen, geht nicht wieder, aber ging es leuchtend wieder. Deuchet's lange noch zurück. F. B.

Die auf den konservativen Parteitage einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut: „Der Parteitag nimmt mit Vertriebigung Kenntnis von dem sich geltend machenden arbeitenden Leben in der Partei. Er billigt die seit seinem letzten Zusammentritt eingenommene Haltung der konservativen Vertreter im Reichstage und in den Einzelstaaten. Er beglückwünscht insbesondere unsere konservativen Freunde in Württemberg zu dem schönen Erfolge, den sie bei den letzten Landtagswahlen errungen haben und fordert unsere Freunde in Preußen auf, auch ihrerseits mit aller Kraft bei den bevorstehenden Landtagswahlen auf Aufrechterhaltung und Förderung des Wahlstandes unserer Partei, auf dem nicht zum wenigsten ein starkes Preußentum in seinen staatsrechtlichen Grundlagen beruht, hinzuwirken. Er erwartet von den konservativen Vertretern im Reichstage, daß sie im Einvernehmen mit der Reichsleitung dafür sorgen, daß unsere mitfährliche Ausrichtung voll auf die Höhe der unterer politischen Gesamtlage entsprechenden Notwendigkeit gebracht und auch für ausreichende Deckung der entprechenden Kosten gefordert wird. Der Parteitag sieht sich auf der föderalistischen Grundlage des Reiches unter entgegengesetzter Befähigung der auf einem deutschen Einheitsstaat gerichteten Bestrebungen des Liberalismus und der Demokratie. Er verlangt eine früchtige Befähigung der immer mächtiger werdenden sozialdemokratischen Tendenzen, insbesondere ihrer Unterdrückung der

freien Arbeit. Er wünscht nach wie vor ein tafkräftiges Eintreten für die Interessen des Mittelstandes in Stadt und Land und Aufrechterhaltung unseres gegenwärtigen wirtschaftlichen Stages der produktiven Arbeit in Landwirtschaft und Industrie. Er fordert die Parteileitung auf, in ihren Bemühungen, den konservativen Ideen eine noch weitere Verbreitung zu geben, fortzuführen und sieht mit Vertrauen dem weiteren Fortschritt unserer Parteien entgegen.“

Noch immer in Erwartung.

Die Balkanverbündeten lassen immer noch auf ihre Antwort auf die Anfrage der Großmächte wegen einer Vermittlung verfallen. Londoner Blätter, die bisher eine gute Neutralität bewahrt haben, begimmen jetzt dieses Verhalten als „Wartung“ zu bezeichnen, was die Großmächte die Aufregung seien. Das wäre ein europäisches Scheitern. Die Antwort soll nach einer neueren Meldung morgen Tothabend erfolgen. Die Vorkämpfer in London waren zwar verarmt, trennen sich jedoch abemals unterdrückter Dinge, da die Antwort vom Balkan ausging.

Abripannel vor dem Fall?

In Konstantinopel ist ein äußerst wichtiger Drahtbericht des Kommandanten von Adrianopel eingetroffen, nach dem sich die Fehung nur noch eine Woche halten könne, weil die Lebensmittel knapp seien und auch die Munition fast aufgebraucht sei.

Serbien und Albanien.

Wie unser Berliner Vertreter an jugoslawischer Stelle erfährt, ist von den Mächten auf die serbische Regierung einvernehmlich die weitere Truppenbefähigung nach Estuati zur Unterstützung der Montenegriner bei der Belagerung der Festung zu unterlassen, mit dem Hinweis darauf, daß über das Schicksal Estuatis, bzw. seine künftige Zurechnung zu dem neuen Albanien, möge es nun von den Montenegroern eingenommen werden oder nicht, nach übereinstimmender Auffassung der Mächte die Entscheidung von diesen getroffen werden würde. Auch ist der serbischen Regierung seitens der Mächte abgelesen worden, überhaupt weitere Truppenbefähigungen in Albanien vorzunehmen.

Die Vorstellung in Montenegro.

Die Vertreter der Großmächte unternahmen gestern im montenegrinischen Ministerium des Äußeren einen gemeinsamen Schrit, um zu verlangen, daß der gesamten Zivilbevölkerung von Estuati gestattet werde, die Stadt zu verlassen. Der Minister des Äußeren erklärte, er werde dieses Verlangen dem Ministeriale mit und nachmittags die Antwort befanntgeben.

Der Handstreich der „Hamidije“.

Nach an Konstantinopel antwortet Stelle eingelaufenen Nachrichten sind bei dem gelrigen Bombardement von San Hamidije die Redner durch den türkischen Kreuzer „Christomarcitis“, „Reniois“, „Cris“ und „Zifilia“, schwer beschädigt worden.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 13. März 1915.

Am Regierungstische: Kommissar. Präsident v. Bethel eröffnete die Sitzung nach 11 1/2 Uhr mit der Mitteilung von dem gelrigen glücklichen Tode des kaiserlichen Bankier Ludwig Debrüßler. Das Haus ehrte das Andenken an den Verstorbenen in der üblichen Weise. Die Vorlagen wegen Erwidung von Aniserecheren in Gronau in Westfalen und in Brühl wurden nach den Bescheren der Herren Häuß zu Salm-Horstmar und Graf zu Hohenlohe ohne Diskussion unverändert angenommen.

Es folgte die Beratung des vom Abgeordnetenhaus auf Antrag der Freireiservorwahlen angenommenen Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die Dapfung des Staates und anderer Verbände für Amtsinhaberleistungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt. Danach sollen die Vorschriften des Gesetzes auch auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schulverbandes, ebenso auf die Lehrpersonen der Schulzotellen sowie bei sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbänden und Stellungen des öffentlichen Rechts Anwendung finden.

Die Zulassungskommission des Herrenhauses empfahl einstimmig die Billigung des Initiativgesetzentwurfs des anderen Hauses. Ohne Debatte beschloß das Haus nach dem Kommissionsantrage.

Für die Rechnung von den Verwaltungseinnahmen und -Ausgaben der Preussischen Zentralgenossenschaftsfürs für 1908 beantragte die Finanzkommission die Entlassung der Regierung auszulprechen. Das Haus beschloß demgemäß.

Es folgten Kommissionsberichte über Petitionen. Die Kommunalverwaltung beantragte, die Petition des Danziger Rietorvereins um Befähigung des Vorrechts der Hausbesitzer bei den Stadtvorordnetenstellen der Regierung als Material zu übernehmen. Diefelbe Kommission beantragte, über die Petition des Bürgermeisters zu Kray und von Einwohnern der Gemeinden Kray und Zeitz um Abfindung von einer Aufstellung dieser Gemeinden unter die Gemeinden Stele und Notizen zur Tagesordnung überzugehen.

Der v. Diemondst empfahl, die Petition der Staatsregierung zur Ermüdung zu übernehmen.

Der Antrag v. Diemondst wurde angenommen.

Oberbürgermeister Wetman-Raden beantragte namens derselben Kommission, die Petition des Magistrats zu Elmögen um Vereinfachung des papiernen kommunalen Wahlrechts an die Volksschlichter als Material zu überweisen.

Dr. Provingalier hob die Erklärung abzugeben, daß wenn wir die Überweisung der Petition als Material zumitteln, wir damit nicht dem materiellen Inhalt der Petition zu stimmen.

Das Haus beschloß nach dem Antrage der Kommission.

Der Provinzialverband der hannoverschen Bürgervereine petitionierte erneut um Änderung der hannoverschen Städteordnung. Der Antrag der Kommissionskommission ging auf Überweisung als Material.

Bürgermeister Wetman-Raden: Die Petition wünschen vor allem die Erwerbung des Bürgerrechts nicht an eine besondere Klasse geknüpft und die Erwerbung des Bürgerrechts erweitert zu sehen. Es wird auch die Öffentlichkeit der Verhandlungen gewünscht und daß die Wahl der Magistratsmitglieder allein den Bürgervereinen zufällt. Die Kommission hat nicht anerkennen können, daß sich einige Unzulänglichkeiten aus dem jetzigen Wahlgesetz ergeben haben.

Das Haus trat dem Vorschlage seiner Kommission ohne besondere Debatte bei.

Schließlich referierte Herr Wetman über die Petition des Magistrats und der Stadtvorordnetenversammlung zu Bielefeld um Einführung der geheimen Abstammung bei der Wahl zu der Stadtvorordnetenversammlung. Die Kommission beantragte auch hier Überweisung an die Regierung als Material.

Dr. v. Scharnow: Wenn wir dem Antrage der Kommission zustimmen, so wollen wir uns damit in keiner Weise präjudizieren; insbesondere wünschen wir nicht, daß die Regierung irgendwelche Erhebungen nach dieser Richtung veranlaßt.

Staatsminister Dr. v. Tschirner: Die Kommission beantragte, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Das Haus beschloß dementsprechend.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Die Vorlage des Antrages der Wasserkräfte an der Obermeier wurde auf Wunsch des Herrn v. Wilschhofen einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Unterlegungsordnung; kleinere Vorlagen; Petitionen.)

Schluß 12 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 13. März 1913.

Am Regierungstische: Finanzminister Dr. Sasse. Vizepräsident Dr. v. Sasse eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Die Beratung des Etats des Finanzministeriums, die gestern bei der Debatte über den außerordentlichen Zuschuß zu den Unterlegungsstellen für Beamte unterbrochen wurde, wurde fortgesetzt.

Herrn v. Scharnow beantragte, die Regierung zu ersuchen, die Remunerationen des Etatsjahr 1914 ab in Fortfall zu bringen und die dadurch frei werdenden Mittel für allgemeine Wohlfahrtsanstalten der Provinz zu verwenden.

Der Abg. v. Wilschhofen (Fortf. vpl.) ersuchte die Remunerationen von 1914 ab zu verringern und die hierdurch erzielte Ersparnis zu festen Vergütungen an linderreiche Beamtenfamilien zu verwenden.

Der Abg. Dr. v. Scharnow beantragte die Vorlegung eines Gesetzes nach der Debatte, durch das für die unteren und mittleren Beamten mit linderreicher Familie mit der Zahl der Kinder steigende fest normierte Vergütungsbeihilfen eingeführt werden.

Die Budgetkommission beantragte gleichlautend mit einem Antrag des Abg. v. Scharnow, die Regierung zu ersuchen, in einem Abwagungsset für 1913 eine ausreichende Summe zur Veranschlagung von Teuerungszulagen an linderreiche Unterbeamte in allen Verwaltungen unter Abwägung nach der Zahl der Kinder anzufordern.

Die Abg. Dr. v. Scharnow und v. Scharnow beantragten, für den Fall der Annahme dieses letzteren Antrages, hinter „Unterbeamte“ einzufügen: „und mittlere Beamte mit einem 4500 Mark nicht übersteigenden Gehalte“.

Der Abg. Dr. v. Scharnow beantragte hierzu, statt „4500 Mark“ zu sagen: „3000 Mark“.

Abg. v. Scharnow (Freil.): Wir haben uns davon überzeugen müssen, daß bei den gering besoldeten Beamten, besonders bei denen mit zahlreichen Kindern, das Einkommen heute nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu decken. Die Staatsregierung will den Beamten durch Unterlegungen zu Hilfe kommen. Wir sind der Meinung, daß solche nur im einzelnen Falle geboten ist, wenn eine besonders begründete Bedürftigkeit eingetreten ist. Bei jenen Kategorien von Beamten aber, wo es sich um eine allgemeine Erleichterung handelt, muß der Staat allgemein mit seinen Mitteln eintreten. Wir haben bei den früheren Besoldungsordnungen nur die Dienstleistungen der Beamten berücksichtigt. Aber schon bei der Bemessung der Wohnungsgeldzuschüsse ist die Berücksichtigung der Familienverhältnisse in den Vordergrund gekommen worden. Wir werden bei der nächsten Bemessung der Wohnungsgeldzuschüsse auf diesen Gedanken zurückkommen. Wir meinen, daß die Erziehungskosten auch den höheren Beamten, Gehilfen, Lehrern, die auf dem Lande wohnen, genährt werden müssen.

Abg. v. Scharnow (Fortf. vpl.): Eine Kostengruppe mittlerer und höherer Beamten ist bisher nicht anerkannt worden. Auf jeden Fall muß das Remunerationen eingeschärft werden. Mit den zu gewöhnlichen Mitteln kann man die Bedürfnisse der Unterbeamten aufheben. Notwendig sind auch die Erziehungskosten für linderreiche Familien.

Abg. v. Scharnow (Fortf. vpl.): Die Remunerationen sollten nach festen Grundätzen verteilt werden, vor allem sollte jeder Mißbrauch bei deren Verwendung vermieden werden. Wir sind dabei einverstanden, daß linderreiche Familien unterstützt werden. Wir fordern aber, daß allen Unterbeamten geboten wird, auch den Familien mit geringerer Kinderzahl. Man will aber nicht einmal für einen Teil der Unterbeamten eine Verbesserung herbeiführen, denn man hat sich ein Mittel herausgeholt, von dem man weiß, daß es die Regierung nicht annimmt. Das zeigt wieder einmal eine abendliche Wechsel.

Abg. Dr. v. Scharnow (Fortf. vpl.): Unser Antrag muß auch der Antrag der Volkspartei will noch in dieser Session eine Zulage für die unteren und unteren Beamten herbeiführen. Wir bitten Sie, auch meinen Vorschlag, wonach auch die mittleren Beamten mit einem 4500 Mark nicht übersteigenden Gehalte Teuerungszulagen erhalten sollen, zuzustimmen. (Beifall.)

Der Abg. Dr. v. Scharnow beantragte, die Regierung zu ersuchen, die Remunerationen des Etatsjahr 1914 ab in Fortfall zu bringen und die dadurch frei werdenden Mittel für allgemeine Wohlfahrtsanstalten der Provinz zu verwenden.

Der Abg. Dr. v. Scharnow beantragte, die Regierung zu ersuchen, die Remunerationen des Etatsjahr 1914 ab in Fortfall zu bringen und die dadurch frei werdenden Mittel für allgemeine Wohlfahrtsanstalten der Provinz zu verwenden.

einem Gehalte bis zu 3000 Mark) wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Scharnow-Baerischer mit der Berechnung von 4500 Mark wurde abgelehnt. Die sämtlichen übrigen Anträge wurden auf Antrag des Abg. Schulze-Belium (Konf.) an die Budgetkommission verwiesen.

Damit war der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Es folgte der Bericht der Kommissionskommission über den Antrag des Abg. v. Wenden (Konf.), die Regierung zu ersuchen, im nächsten Haushaltsjahr einen Fonds zur Unterstützung der auf Befehl des Reichsgerichtes gerichteten Charitativ-Unternehmungen bereit zu stellen.

Berichterstatter Abg. v. Wenden beantragte namens der Kommission die unveränderte Annahme des Antrages.

Abg. Baerischer (Konf.): Die Mittel der Charitativ-Unternehmungen sind nicht ausreichend, um alle Aufgaben zu erfüllen, so ist die tatkräftige Unterstützung durch den Staat dringend erforderlich.

Abg. Schulze-Belium (Konf.): Man muß allein auf Bekämpfung des Kinderelends gerichteten Vereinen ohne Unterstützung der Konfession Unterstützung gewähren. Die Anregung zu dieser Maßnahme ist nicht von dem Abg. v. Wenden ausgegangen, sondern von uns. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommission wurde angenommen.

Der Antrag des Abg. v. Wenden (Konf.) und Genossen, die Regierung zu ersuchen, den Etat des Finanzministeriums des Jahres 1914 auf 30000000 Mark zur Förderung der Bekämpfung der Jugendfrage für die gefährdeten oder verarmten Jugend von 1. April 1914 ab wesentlich zu erhöhen, wurde auf Antrag der Budgetkommission ohne Debatte angenommen.

Darauf erledigte das Haus nach ohne Debatte eine Reihe von Petitionen persönlichen Inhalts nach den Kommissionsanträgen.

Eine Petition des Konfessionsgerichts in Berlin um zwingende Errichtung von Fortbildungsschulen in Gemeinden über 5000 Einwohner und Ausdehnung der Schulpflicht auf die weiblichen Personen, insbesondere auf die Handlungsgehilfinnen, wurde der Regierung als Material überreicht.

Eine Petition vom Bunde der Saal- und Konfessionslosen Deutscher um Entschädigung für die Sperre von Sälen und Geschäftsräumen bei Ausbruch von Viehseuchen wurde der Regierung als Material überreicht, soweit die Aushebung der Sperre der Abhaltung von Konzerten, Festlichkeiten usw. in Diskursen, wo die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, verlangt wird, im übrigen durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Abg. v. Brandenstein (Konf.) bat zur Geschäftsordnung, den Antrag des Herrn v. Scharnow über Revision der Geschäftsordnung, den Vorschlag des Herrn v. Scharnow, den Vizepräsidenten Dr. v. Sasse zu ersuchen, dem Präsidenten des Hauses von diesem Bunde Kenntnis zu geben.

Abg. Schulze-Belium (Konf.) bemerkte, daß gerade dieser Gegenstand nicht mehr von dem alten Hause erledigt werden solle.

Vizepräsident Dr. v. Sasse: Ich hoffe, daß wir uns nach den Ferien körperlich und geistig getrafft hier wieder sehen werden. (Beifall.)

Nächste Sitzung Dienstag, 1. April, 2 Uhr (Gesetz über die Förderung der Landeskultur).

Schluß 12 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Kaiser besuchte gestern vormittag den Reichskanzler und folgte dann einer Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach zur Frühstückstafel. Vorher hörte er im Eisenbahnministerium einen Vortrag des Geheimen Oberbaurats Bernemann über die „Wassertrögen im Gebiete des Mississippi“.

Die Kaiserin ist gestern abend nach Langenburg abgereist in Begleitung ihrer Schwester, der Herzogin Friederich Ferdinand von Schleswig-Holstein, welche abends in Berlin eingetroffen war. Die Kaiserin wird morgen, Sonnabend, früh wiederum in Berlin eintreffen.

Die Termine der Landtagswahlen. Der Minister des Innern gibt bekannt, daß er für die Wahlen zur 22. Legislaturperiode des Reichstages der Abgeordnetenversammlung am 1. März festgesetzt hat: für die Wahl der Wahlmänner den 16. Mai d. J., für die Wahl der Abgeordneten den 3. Juni d. J. Infolge Vornahme der Abstimmung in der Form der Frist- oder Gruppenwahl die engeren Wahlen an den bezeichneten Tagen nicht durchgeführt werden können, haben diese Wahlen an den dafür anderweit festzusetzenden Wahltagen stattzufinden mit der Maßgabe, daß die Wahlen der Wahlmänner spätestens am 9. Juni abgeschlossen werden.

Keine Aufgabe der Vermögenswachstumssteuer. Gegenüber der Meldung eines rheinischen Blattes aus Berlin, wonach auf die Vermögenswachstumssteuer verzichtet worden sein sollte, stellt der „N. N.“ fest, daß diese Nachricht unzutreffend ist und in keiner Beziehung den Beisitzenden entspricht, die die Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister und der Mitglieder des Bundesrats in dieser Frage gefaßt haben.

Landeskulturförderung. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verteilung von Staatsmitteln zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation ist gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Der zur Verfügung gestellte Betrag beläuft sich auf 25 Millionen Mark. Von dieser Summe sind bestimmt: 1. 12 Millionen Mark zur Urbarmachung von fiskalischen Mooren, 2. 3 Millionen Mark zur Ausbuchtung von Meliorationen auf Domänenvorwerken und anderen Domänengrundstücken, 3. 10 Millionen Mark zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen An siedlungsgesellschaften. Bis zur Verwendung von Stammeinlagen kann dieser Betrag auch zur Gewährung von Zwischensubventionen für die Errichtung von Rentengütern benutzt werden. Rückennahmen, Gewinnanteile und Zinsen fließen dem Fonds wieder zu. Gewinnanteile von Stammeinlagen bei An siedlungsgesellschaften dürfen diesen zu anderen Zwecken der inneren Kolonisation beflissen werden.

Eine fonderbare Vernehmung. Von der Jahrbuchverlegerin in Wiesbaden wird berichtet: „Ein Bataillon der königlich-preussischen Armee im Ballhoftheater anwesend, um den dortigen Festvorstellung beiwohnen. Die Eröffnung sollte die Aufführung des bekannten Films „Königin Julie“ bilden. Aber der Operateur vergriff sich in den Filmrollen und legte den Film ein, der die Enttötung des Denkmals für den sozialdemokratischen Führer Paul Singer zeigt. Der der Veranstaltung beizuhelfende Brigadekommandeur, Generalmajor v. Conta, erteilte unverzüglich den Befehl zum Verlassen des Theaters. — Hat sich das obige Publikum die eigenartige Jahrbuchverlegerin ruhig bieten lassen? Das Hotel im Göttergasse. Das Reichsgericht verurteilte bei angelegtem Kaufmann, früheren Sekretär, Hermann

Ranjos als Willkürhelfer (Kreis Aist) wegen Verrats militärischer Geheimnisse im Sinne des § 1 des Espionagegesetzes unter Verhängung milderer Umstände zu dreizehn Jahren Zuchthaus, nach dreizehn Monaten der erlassenen Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht. Es wurde als erwiesen erachtet, daß der Angeklagte wichtige Vorschriften und Zeichnungen über Streifen sowie andere geheimhaltende Gegenstände auf der Fahrt von Wismar u. Vorp. wo er geleitet angehalten war, gestohlen und sie in Berlin gegen eine hohe Summe an einen Agenten jenes Verrats verkauft hat.

Ausland.

Die Willkürhelfer des neuen englischen Marine-Gesetz. Das englische Flottenbudget für das Etatsjahr 1913 beläuft sich mit dem Betrage von 46 309 300 Pfund (226 186 000 Mark) ab. Dies bedeutet 1 1/2 Millionen Pfund mehr als im vergangenen Jahre. Das neue englische Flottenbauprogramm umfaßt fünf Schwadronen, acht leichte Kreuzer, 16 Torpedobootsflieger, sowie eine große Anzahl U-Boote und Zerstörer. Die Gesamtkosten des neuen Programms belaufen sich auf 15 958 525 Pfund (319 170 500 Mark), d. h. 3 Millionen Pfund mehr, wie nach den bisherigen Berechnungen vorsehen war.

Sitzung der Handwerkskammer zu Halle (Saale).

Halle, den 13. März 1913.

Heute hielt die Handwerkskammer ihre Vollversammlung im Stadtvorordnetenversammlungsgebäude ab. Der Vorsitzende der Kammer, Herr v. Scharnow, eröffnete die Sitzung in kurzen Worten die Versammlung, insbesondere den Vertreter des Magistrats, Herrn Stadtrat G. H. a. s., und schloß mit einem Woch auf den Kaiser. Der hiesige Kommissar für das Handwerk konnte der Sitzung leider nicht beiwohnen, da er anderweitig beschäftigt ist.

Dem von Herrn Sekretär v. Sasse ausgearbeiteten und zum Vortrag gebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Mitteilungen:

Die beschlossene Änderung der Meisterprüfungsordnung für das Barbier- und Friseur- und für das Schneiderhandwerk hat die ministerielle Überlegung nunmehr ergeben, über die Änderung der Meisterprüfungsordnung für das Schneiderhandwerk. Der Beschluß, genügt dem Ministerialerlaß vom 22. Oktober d. J. ein Preisverzeichnis für handwerkliche Unterhaltungsarbeiten auszugeben und eine Vereinigungsstelle zu errichten, konnte nicht erledigt werden. Einmal, weil von dem Deutschen Handwerks- und Gewerkschaftsbund eine Kommission eingesetzt worden ist, welche den allgemeinen Text für ein solches Preisverzeichnis feststellen soll. Andererseits Leisten derartig namentlich in den Gewerben, auf welche das Preisverzeichnis mit erlassen wird — z. B. Maurer, Zimmerer, Maler, Tischler usw. —, Rohstoffe, so daß, bevor diese nicht zu Ende geführt sind, die Festsetzung der Preise nicht möglich ist. Einmal, weil die Vereinigungsstellen für die verschiedenen Gewerke, die sich bildenden Konferenz der preussischen Handwerkskammern allgemeine Grundzüge ausgearbeitet werden. Diese Konferenz hat in den letzten Tagen stattgefunden. Nach einem Beschlusse der Konferenz sollen die Vereinigungsstellen folgende Aufgaben haben: 1. Die Beschaffung verbindlicher das Handwerk ihres Bezirkes angelegter Aufzeichnungen, nicht Unterlegungen zur Ermittlung des Selbstkostenpreises der bei obigen Aufzeichnungen vorkommenden handwerksmässigen Arbeiten. 2. Beratung der für die Aufzeichnung in Betracht kommenden Handwerker, indem die ermittelten Selbstkostenpreise zur Überprüfung ihrer Richtigkeit den Handwerfern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. 3. Unterbreitung der entsprechenden Beschlüsse durch geeigneter Sachverständiger und Zugänglichmachung der festgestellten Selbstkostenpreise (nach Ermessen des Vereinigungsamtes), damit die Ausführendenstellen von vornherein in die Lage versetzt werden, alle im Sinne des Ministerialerlasses vom 4. September 1912 als unannehmlich zu betrachtenden Beschlüsse aufzugeben. 4. Die Berechtigung und Fälligkeit Beschlüsse, die von dem Verband beschlossene worden, den Beschluß der vorigen Vollversammlung bzgl. Errichtung einer Einigungs-gesellschaft derzeit noch nicht zur Erledigung zu bringen.

Herr v. Scharnow hat die letzte Vollversammlung beschließen, die Gründung eines eingetragenen Vereins zur gegenseitigen Unterstützung der Handwerker, welche bei der Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung zur Sprache kamen, noch nicht erledigt worden. — Es sind in hiesigen Orten des Bezirks Handwerbervereinigungen abgehalten worden, in welchen im besonderen der Bericht des preussischen Landesgewerkschafts über die Unterlegung der Geleisenprüfungen zur entgegengekehrten Unterstützung der Handwerker zur Sprache gekommen ist.

Dem Herrn Regierungspräsidenten ist die Errichtung einer Schneider-Zwangs-Vereinigung in Halle a. S. in Halle a. S. angeordnet worden. Die drei an Stelle der dort bestehenden freien Vereinigung, Gebilde hat sich die angeordnete Zwangs-Vereinigung für Maler und Lackierer in Gangerhalten. In der Verdrängung auf Grund der Anlage, Zwangs-Vereinigung für das Photographieren angeordnet, das Abwimmungsverfahren festzulegen. Bezüglich der Photographen-Zwangs-Vereinigung haben sich 33 für und 6 gegen, bezüglich der Schneider-Zwangs-Vereinigung 33 für und 74 gegen, bezüglich der Zwangs-Vereinigung ausgesprochen. — In dem letzteren Abwimmungsverfahren Versteher unterworfen sind, ist von beteiligter Seite gegen das Abwimmungsverfahren Einspruch eingelegt worden. Eine Entscheidung des Herrn Regierungspräsidenten ist darauf noch nicht ergangen. Aufgefordert hat sich die Teilnehmer in Wernburg. Dagegen haben mehrere Anträge beschlossen, ihren Antragsbereich zu erweitern. Das Gesetz des Jahres 1907 über den Verbands der Handwerker in Halle a. S. ist auf Grund des § 103 a Ziffer 2 Gewerbeordnung des Reichsrecht zur Handwerkerkammer zu vereinfachen, ist von dem Herrn Regierungspräsidenten gemäß der gutachtlichen Meinung der Kammer abgelehnt worden. — Zur Annahme gelangten 147 Anträge und 204 Widerspruchsschreiben. Zur Förderung der Jugendberufshilfe wurden insgesamt 100 Anträge genehmigt. Der Vorstand hat beschlossen, bis auf weiteres solchen Beschlüssen, welche die gewerbliche Fortbildungsschule mindestens drei Jahre belassen haben und in dieser Hinsicht und aufmerksamer werden, sich auch verpflichten, eine Gefellenprüfung abzugeben, den Anträgen als Verträge zu genehmigen. Jeder gewerbliche Fortbildungsschule soll mindestens ein Lehrer zur Verfügung gestellt werden. Ermännensdienst wird zwei Ministerialerlässe. Der eine beschloß, daß die letzte Sitzung, der andere genehmigt, daß die Gemeinden bei Festlegung der Unterrichtsstellen für die gewerblichen Fortbildungsschulen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen und bei Festlegung der Fälligkeit zwischen der Schulbehörde und den beteiligten Kreisen genehmigt. Der Herr Minister erriet, daß die Schulbehörde außer mit Anträgen und Antragszuschriften im Bedarfsfall auch mit Gewerkschaften in Verbindung treten. — „Gefens“ — so heißt es in dem Gesetz — „und es zur Annahme eines guten Beschäftigten gewerblichen Fortbildungsschule und Ge-

